

Beschluss des Landesvorstandes der FDP NRW vom 30. Oktober 2023

## **Antrag : Bauen nicht immer weiter verteuern: Statt „Kies-Steuer“ benötigt Nordrhein-Westfalen ein kluges Rohstoffmanagement**

1 Trotz beständiger öffentlicher Beteuerungen, den Industriestandort Nordrhein-  
2 Westfalen erhalten und stärken zu wollen, lässt die schwarz-grüne  
3 Landesregierung ihren Worten keine Taten folgen. Ganz im Gegenteil: Das  
4 Energieangebot wird mit dem vorgezogenen Kohleausstieg künstlich verknappt,  
5 Bürokratieabbau und Digitalisierungsausbau pausieren, neue Pflichten und  
6 finanzielle Belastungen für Bürger und Wirtschaft sind geplant.

7 In einer Zeit der Umbrüche und des wirtschaftlichen Abschwungs befindet sich die  
8 von den Grünen verantwortete Wirtschaftspolitik der Landesregierung in einem  
9 Blindflug. In der Folge droht dem Industrieland NRW ein verheerender Absturz,  
10 wenn nicht aktiv und schleunigst gegengesteuert wird.

11 Nordrhein-Westfalen muss um- und neugebaut werden, wenn wir unseren Wohlstand  
12 erhalten und unsere Wirtschaft mit einem starken Mittelstand und einer starken  
13 Industrie wettbewerbs- und zukunftsfähig aufstellen und erhalten wollen.  
14 Straßen, Brücken und Schienen müssen erneuert werden, Stromleitungen und  
15 Wasserstoffpipelines gebaut, neuer Wohnraum geschaffen und für eine erfolgreiche  
16 Energiewende zahlreiche Gebäude saniert sowie Windräder und PV-Anlagen errichtet  
17 werden.

18 Allein der jährliche Investitionsbedarf für die klimaneutrale Transformation der  
19 Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wird auf 65 bis 79 Milliarden Euro geschätzt.  
20 Seit Jahren wird aber zu wenig in den Standort investiert. Die Investitionsquote  
21 (als Summe aller Bruttoanlageinvestitionen in Hoch- und Tiefbauten, Maschinen,  
22 Anlagen, IT-Ausrüstungen, Fahrzeuge sowie immaterielle Anlagen wie Software,  
23 Patente, Lizenzen und Urheberrechte (neue Anlagen)) liegt mit einem Anteil von  
24 17,2 Prozent des BIP deutlich unter der Investitionsquote aller anderen  
25 westdeutschen Bundesländer mit 24,2 Prozent.<sup>1</sup>

26 Engpässe bei Baumaterialien und im Handwerk sowie eine hohe Inflation mit  
27 steigenden Heiz- und Strompreisen haben zu explodierenden Baukosten und  
28 Bauzinsen sowie steigenden Verbraucherpreisen geführt. Der Wohnungsbau befindet  
29 sich im freien Fall, die Zahl der Baugenehmigungen ist eingebrochen. Die  
30 genehmigte Wohnfläche in geplanten Wohngebäuden war im zweiten Quartal 2023 um  
31 35,1 Prozent niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In  
32 Nichtwohngebäuden war die genehmigte Wohnfläche sogar um 40,2 Prozent niedriger  
33 als von April bis Juni 2022.<sup>2</sup>

34 Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist auf Talfahrt und befindet sich auf dem  
35 niedrigsten Wert seit Juli 2009. Besonders schlecht ist die Stimmung im  
36 Wohnungsbau. Dort ist der Indikator der erwarteten Bautätigkeit in den nächsten  
37 Monaten auf ein neues Allzeittief gefallen.<sup>3</sup> Immer mehr Bauprojekte rutschen  
38 gerade in die Unwirtschaftlichkeit. Der Traum von den eigenen vier Wänden rückt  
39 für viele Menschen in weite Ferne.

- 40 In dieser Phase hält die Landesregierung nach wie vor an ihren Plänen fest, die  
41 Baukosten durch die Einführung einer Abgabe auf Kies und Sand weiter zu  
42 verteuern. Die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum wird dadurch weiter  
43 ausgebremst. Die Sanierung von Straßen und Brücken und der Bau von  
44 Windkraftanlagen werden verteuert. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die  
45 öffentliche Hand als größte Auftraggeberin von Bauprojekten müssen als  
46 Endabnehmer die zusätzlichen Kosten tragen.
- 47 Daher fordern die Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen die NRW-  
48 Landesregierung auf, auf alle zusätzlichen Abgaben zu verzichten, die potenziell  
49 preisstärkernd wirken oder eine ungebührliche Belastung für den  
50 Industriestandort Nordrhein-Westfalen bedeuten. Wir fordern die Landesregierung  
51 auf, auf die Erhebung zweckgebundener oder nicht zweckgebundener Rohstoffgaben  
52 wie die Kies-Steuer zu verzichten und haben dafür gute Argumente:
- 53 • Eine Rohstoffabgabe ist verfassungsrechtlich höchst zweifelhaft. Eine  
54 Erhebung als Gebühr scheidet aus, da die Eigentumsnutzung nicht ohne  
55 weitere Voraussetzungen einer Gebührenpflicht unterworfen werden kann. Für  
56 eine spezielle landesrechtliche Steuer fehlt die Zuständigkeit des Landes.
  - 57 • Eine Rohstoffabgabe bringt keinen ökologischen Vorteil: Die durch die  
58 Rohstoffgewinnung verursachten Eingriffe werden – gesetzlich verankert –  
59 ökologisch mindestens kompensiert oder sogar überkompensiert durch  
60 Renaturierung und Wiedernutzbarmachung. CO<sub>2</sub>-Einsparungen fallen nicht an,  
61 wenn zur Bedarfsdeckung Rohstoffe weniger vor Ort und sondern von weiter  
62 weg antransportiert werden müssen.
  - 63 • Mit der Einführung einer landeseigenen Rohstoffabgabe plant die  
64 Landesregierung einen Sonderweg in Deutschland und schafft eigene  
65 Wettbewerbsnachteile für Rohstoffindustrie in NRW. Die mit einer  
66 Rohstoffabgabe belasteten Produktionsstätten in NRW sind umgeben von  
67 abgabefreien Produktionsstätten in den Nachbarbundesländern. Bei sonst  
68 gleichen Ausgangsbedingungen würde die Rohstoffabgabe die  
69 Wettbewerbssituation der NRW-Betriebe erheblich senken und diese in ihrer  
70 Existenz gefährden.
- 71 Bauen darf nicht künstlich noch teurer gemacht werden. Zinssteigerungen, erhöhte  
72 energetische Anforderungen und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der  
73 Politik sorgen für ein Umfeld, in dem Investoren auf der Bremse stehen. Statt  
74 Bauen künstlich weiter zu verteuern, wollen wir den Einsatz von Recycling-  
75 Rohstoffen stärker fördern, um den Bedarf an heimischen Rohstoffen dauerhaft zu  
76 senken.
- 77 • Wir fordern ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoff-  
78 Monitoring und eine umfassende Rohstoffstrategie auf Landesebene, um die  
79 Versorgung mit heimischen Rohstoffen bedarfsgerecht zu sichern und  
80 klimagerecht auszugestalten.
  - 81 • Die öffentliche Hand als größter Bauherr des Landes muss Vorbild sein und  
82 den Einsatz von nachhaltigen Baustoffen und Bauweisen verbindlicher  
83 ausgestalten. Regionale Bauprodukte mit dem Vorteil kurzer Wege und  
84 regionaler Wertschöpfung sowie Recycling-Baustoffe und CO<sub>2</sub>-einsparende

- 85 Logistikkonzepte müssen zukünftig gemeinsam eine größere Rolle bei der  
86 öffentlichen Auftragsvergabe spielen.
- 87 • Für die Verwendung von Recycling-Baustoffen fordern wir deshalb eine  
88 Zulassungspflicht für öffentliche Auftragsgeber, die nur unter klar  
89 definierten Ausnahmen aufgehoben werden darf.

Fußnoten:

1 Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder. Statistische Ämter der Länder (2023):  
Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020,  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 3  
(Berechnungsstand: August 2022), Stuttgart 2023.

2 IT.NRW 2023 – Konjunkturmonitor NRW

3 NRW.BANK.ifo-Geschäftsklima September 2023